

In dürftiger Zeit

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nicht Religions-, sondern Fremdenhass

Das Nein-Inserat der FDP im Vorfeld der Minarettinitiative sprach Klartext: «Einige schüren Religionshass. Wir setzen uns für mehr Sicherheit ein.» Was bereits in dieser Form wie eine Drohung für eine Verschärfung der bisherigen Politik klang und einem die Frage eingab, ob man nicht vielleicht doch lieber Religionshass als FDP-Sicherheit möchte, wurde noch präzisiert mit den Forderungen nach «Ausweisung der Hassprediger», besserer «Überwachung von Fundamentalisten» und gleichen, aber vor allem klaren Regeln für alle auf der Basis «unserer» abendländischen Kultur, womit wohl die FDP-Kultur gemeint war, die es aus Toleranzgründen gegenüber dem eigenen Überwachungsapparat möglichst offen lässt, was genau Fundamentalisten oder Hassprediger sein könnten.

Die Bigotterie der rechtsbürgerlichen Kreise vor und nach der Abstimmung war nicht zu überbieten. Ausgerechnet Bundesrätin Widmer-Schlumpf, die in der Asylpolitik das menschenverachtende Erbe Blochers gut vertritt, brachte im Interview zur Abstimmung den Klassiker des Multikulturalismus als Erfahrung ihrer Schwester aus dem Kindergarten ein: Beim Malen eines Adventskalenders hat «ein Kind neben die Kirche ein Minarett gezeichnet, worauf alle Kinder fanden, das sei eigentlich lässig.»

Aber das Eigentliche an der Sache hat die deutschweizer Normalbevölkerung mit ihrem untrüglichen Sinn für Echtheit leider nicht bemerkt und die andernorts sehr realpolitische Ausländerfeindlichkeit auch auf der für Wirtschaft und Image schädlicheren und also unerwünschten symbolischen Ebene der Minarettinitiative fortgeführt. Die NZZ, die alles, was sie in dieser Sache über ihre gespaltene Zunge brachte, zwei Wochen vor der Abstimmung durch Markus Spillmann ausrichten liess, prägte einmal mehr die Formel: «Was nicht stört, muss toleriert werden.» Aber auch wenn man inzwischen weiss, wie wenig auf dieser Grundlage noch tolerabel ist, sollte man das Pech haben, auf Leute zu treffen, die sich an einer ganzen Menge stossen, so ist doch das von vielen Wohlmeinenden vorgebrachte Argument mit den unbescholtenen MuslimInnen und dem im Grunde genommen friedfertigen Islam ebenfalls nicht von anderer Art

und also immer die Störenfriede ausschliessend, um die es ja auch der SVP nur geht. Doch wie man's macht, ist's nicht recht. Warum von links eine Religion verteidigen, deren gesellschaftskritisches Potenzial sich momentan vor allem in Selbstmordattentaten und Burkas manifestiert? Warum aber eine Religion kritisieren, deren Mitglieder in vielen europäischen Städten als zahlenmässig bedeutende Gruppe mit reduzierten Rechten und Zugangsmöglichkeiten in derselben Situation sind wie die KatholikInnen nach dem Sonderbundskrieg und folglich ins geschlossene Milieu gedrängt werden, wo viele gar nicht hinwollen?

Zu beidem war man nicht aufgerufen, da es bei der Initiative eigentlich nur um rechtlich sowieso nicht durchführbare Bauverbote ging. Aber allzu viele haben eben die Eigentlichkeit der Minarettsymbolik nicht richtig verstanden und sahen sich unversehens in einen Diskurs verwickelt, bei dem sie plötzlich gezwungen waren, den vermeintlichen Glaubenden anderen auf einem Niveau zu verteidigen, das sie sich für sich selber verbitten würden. Immerhin man setzte sich damit von den Oriana Fallacis, Necla Keleks und Julia Onkens aller Länder ab, deren feministische Islamkritik man im Zwielficht der herrschenden rechten Islamfeindschaft ortete, geriet dort aber selber hinein, indem man allen MigrantInnen aus islamischen Ländern auch eine entsprechende Glaubenspraxis unterstellte. Denn das ist ja gerade die rassistische Fiktion, die die Initianten in den StimmbürgerInnen wecken wollten, dass alle unerwünschten AusländerInnen durch ein Minarettverbot getroffen werden könnten. Was umgekehrt heisst, dass man erst allen den aus unterschiedlichen Gründen verhassten Glauben unterschieben muss. Genau dies aber unterstützte die gut gemeinte Rede von der Religionsfreiheit.

Denn auf diese Initiative hätte man besser nicht religiös reagiert. Also wäre die einzige adäquate Reaktion auf diese Initiative gewesen, 100 MigrantInnen zu suchen, die sich mit folgenden Sprüchen hätten fotografieren lassen: «Die Schweizer Söldner hatten Bajonette, was aber sind Minarette?» oder «Du willst Minarette verbieten? Ätsch, ich glaube sowieso nicht an Allah».

Rolf Bossart